

WOCHENRÜCKBLICK



AfD unterstützt Oberbürgermeisterkandidaten Joachim Paul bei weiterem Vorgehen

Nachdem der rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete Joachim Paul, Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl in Ludwigshafen, vom lokalen Wahlausschuss nicht zur Wahl zugelassen wurde, hatten die Verwaltungsgerichte seinen dagegen gerichteten Eilantrag als unzulässig zurückgewiesen und ihn auf Rechtsschutz nach der Wahl verwiesen. Hiergegen hat Paul nun das Bundesverfassungsgericht sowie den Verfassungsgerichtshof in Koblenz angerufen, um diese Rechtsschutzverweigerung zu beenden und den Bürgern in der zweitgrößten Stadt in Rheinland-Pfalz doch noch eine allgemeine, demokratische Wahl zu ermöglichen.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, begrüßt Pauls Vorgehen:

"Der Bundesvorstand der AfD begrüßt und unterstützt Joachim Paul auf seinem juristischen Weg, eine Klärung herbeizuführen. Dass vor der Wahl ein unliebsamer Kandidat durch ein mit Mitgliedern konkurrierender Parteien besetztes Gremium vom Wahlzettel gestrichen wird und man dem Betroffenen dann noch jeden Rechtsschutz vor der Wahl verweigert, ist kein Merkmal einer liberalen Demokratie. Wir erwarten von den angerufenen Gerichten, dass sie sich nun intensiv mit den vorgebrachten Argumenten auseinandersetzen und sorgsam begründet in der Sache entscheiden - und sich nicht hinter vermeintlich formalen Ausreden verstecken. Hier steht der Kern der Demokratie auf dem Spiel!"



Wir werden die neue Kandidatin für das Amt der Richterin am Bundesverfassungsgericht sorgfältig prüfen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Sigrid Emmenegger als Richterin für das Bundesverfassungsgericht vorgeschlagen. Emmenegger ist seit 2021 Richterin am Bundesverwaltungsgericht Leipzig. Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, macht in diesem Zusammenhang deutlich:

"Das Bundesverfassungsgericht wurde durch das Kartellgemauschel und unwürdige Hin und Her als Institution durch die Diskussion um Frau Brosius-Gersdorf ebenso beschädigt, wie durch die seit Jahrzehnten geübte Aufteilungspraxis von Union, SPD, Grünen und FDP. Die Glaubwürdigkeit und die richterliche Unparteilichkeit sind durch diese Vorfälle weiter in Verruf geraten. Wir werden die neue Kandidatin und deren Positionen sorgfältig prüfen und uns danach ein Urteil bilden. Und selbstverständlich gehen wir davon aus, dass sich Frau Emmenegger auch unserer Fraktion vorstellen wird, wenn sie dies bei anderen so handhabt."



Aktuelle Videos



Medienarbeit im Bundestag



STEPHAN
BRANDNER

Wahlkampf in Wriezen



Infostand in Gera



STEPHAN
BRANDNER

Tag des offenen Denkmals in Gera



Rückblick auf die Plenarwoche, 10.9.25

In der ersten **Regierungsbefragung** nach der parlamentarischen Sommerpause standen Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius sowie Bundesgesundheitsministerin Warken den Bundestagsabgeordneten Rede und Antwort. Bei diesem Anlass ergriff der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner das Wort und befragte die Bundesgesundheitsministerin über Sinn und Unsinn der Hitzeschutzpläne, die seitens der Bundesregierung in diesem Sommer veröffentlicht wurden. Brandner wollte dabei genau wissen, wie viele Menschenleben in diesem Höllensommer durch die Hitzeschutzpläne gerettet werden konnten und was diese Maßnahme den Steuerzahler gekostet hat.

Zehn Jahre nach der Aussage „**Wir schaffen das**“ der damaligen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) vom 31. August 2015 zur deutschen Flüchtlingspolitik haben die Bundestagsfraktionen am Mittwoch, 10. September 2025, im Parlament eine gegenteilige Bilanz der seitherigen Migrationspolitik der Bundesrepublik gezogen.

Während die AfD-Fraktion in der von ihr beantragten Aktuellen Stunde den zurückliegenden und aktuellen Regierungskurs massiv kritisierte, verwiesen Vertreter der anderen Fraktionen auf Erfolge bei der Bewältigung der mit den hohen Flüchtlingszahlen verbundenen Herausforderungen.

Dr. Gottfried Curio (AfD) hielt der Union vor, vor zehn Jahren die Grenzen für inzwischen Millionen illegale Migranten geöffnet und „das Land de facto zur Sozialplünderung“ freigegeben zu haben. Die Kriminalitätsstatistik weise Ausländer weit überproportional als Täter aus, die Haushalte bersteten unter der Last der Migration und die Unterbringung sei längst nicht mehr gut möglich. Deutschland habe „gar nichts geschafft“! Gebraucht würden Abschiebungen und Rückführungen, doch komme da nichts, fügte Curio mit Blick auf die aktuelle Regierungspolitik hinzu.

Der Bundestag hat am Mittwoch erstmals über einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Anstieg der Arbeitslosenzahlen ernst nehmen – sofortige **Wirtschaftswende** für Deutschland einleiten“ beraten.

Die AfD-Fraktion fordert die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und die Aufhebung des Klima- und Transformationsfondsgesetzes. Der Bundeshaushalt müsse „durch klare Priorisierung der Aufgaben und die Beendigung dauerhafter Subventionierung einzelner Unternehmen und Branchen“ konsolidiert werden. Außerdem sollten die Energiekosten samt Netzentgelten sowie die Unternehmensteuern „deutlich sinken“.

Begründet wird der Antrag mit den negativen Wirtschaftszahlen der Jahre 2023 und 2024. Die deutsche Wirtschaft schrumpfte seit Jahren.



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche, 11.9.25

Die AfD-Fraktion fordert die **Zurückweisung aller asylsuchenden Personen** an den deutschen Grenzen. Ein entsprechender Antrag stand am Donnerstag, 11. September 2025, auf der Tagesordnung des Bundestages.

Die anderen Fraktionen des Bundestages reagierten auf den Antrag mit heftiger Kritik und warfen der AfD die bewusste Verdrehung von Tatsachen vor

Dr. Bernd Baumann (AfD) rechnete unter anderem vor, dass 98 Prozent der Asylsuchenden nach wie vor ins Land kämen und sich durch die Politik der Merz-Regierung nichts geändert habe. Die verstärkten Grenzkontrollen seien vielmehr reine Symbolpolitik: „Merz betrügt die Wähler“.

Der Bundestag hat am Donnerstag auch über die **Aufnahmeprogramme** für gefährdete Menschen aus Afghanistan beraten. Gegenstand war ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Aufnahmezusagen einhalten – Schutz für gefährdete Afghaninnen und Afghanen jetzt garantieren.“

Die AfD forderte ein Ende der Aufnahme Flüge. Markus Frohnmaier (AfD) kritisierte, dass unter der „Ampel“-Regierung in den zwölf Monaten vor der letzten Bundestagswahl 28 Afghanen abgeschoben, aber zugleich 3.940 eingeflogen worden seien. Dieser Kurs werde von CDU und CSU nahtlos fortgesetzt. Allein seit Jahresbeginn seien mehr als 1.000 Afghanen eingeflogen worden. Dabei seien Afghanen laut der Polizeilichen Kriminalstatistik zehnmal so häufig tatverdächtig wie Deutsche, sagte Frohnmaier und forderte, alle „Afghanenflüge nach Deutschland“ sofort zu stoppen. „Fliegen Sie die Afghanen lieber aus“, fügte er hinzu.

Der Bundestag hat außerdem die von der AfD-Fraktion erhobene Forderung nach einem „Moratorium für den Rückbau abgeschalteter **Kernkraftwerke**“ abgelehnt. In namentlicher Abstimmung votierten 131 Abgeordnete dafür, 449 lehnten sie ab. Es gab keine Enthaltungen. Zu dem so betitelten Antrag der Fraktion (21/220) hatte der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit eine Beschlussempfehlung (21/386) abgegeben und die Ablehnung empfohlen.

Folgende weitere Anträge wurden am Donnerstag durch die AfD Fraktion gestellt:

- Aufhebung des Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag – Rechtsklarheit und Schutz vulnerabler Gruppen wie Frauen und Jugendlicher wieder herstellen“
- Umbenennung des Bismarck-Zimmers im Auswärtigen Amt zurücknehmen-Verweis auf die historische Bedeutung des ersten deutschen Reichskanzlers und vormaligen preußischen Ministerpräsidenten und Außenministers
- Eigentümer und Mieter vor Klimapolitik schützen – Wohnflächensteuerung beenden



Rückblick auf die Plenarwoche, 12.9.25

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD planen eine Neufassung der **Geschäftsordnung** des Deutschen Bundestages. Ihr Antrag wurde am Freitag, 12. September 2025, erstmals beraten. Zur ersten Lesung hatten die Koalitionsfraktionen zudem einen Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vorgelegt. Darin geht es um die Kürzung der Kostenpauschale und die Erhöhung der Ordnungsgelder für Abgeordnete.

Beide Vorlagen wurden gemeinsam mit zehn Anträgen der AfD zur Änderung der Geschäftsordnung an den federführenden Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung überwiesen.

Stephan Brandner sagte dazu, dass das, was hier jetzt vorgeschlagen wird, keine Reform der bestehenden Gesetze und der Geschäftsordnung ist, sondern ein Totalangriff auf die Rechte der Opposition. Im Bezug auf das Recht jeder Fraktion auf einen Bundestagsvizepräsidenten sagte er, dass dieses Recht seit fast 8 Jahren gebrochen wird.

Der Bundestag hat am Freitag außerdem erstmals einen Gesetzentwurf der AfD-Fraktion mit der Forderung, Paragraph 188 des Strafgesetzbuchs abzuschaffen, beraten. Der Paragraph definiert den Straftatbestand der **Politikerbeleidigung**.

Brandner sagte dazu: Das Strafrecht darf nicht weiter eine Waffe der Herrschenden sein, mit der kritiklose Macht gesichert werden soll. Der Bürger muss die Stimme erheben dürfen, auch wenn das unbequem ist. Wer die Freiheit der kritischen Äußerung einschränkt, ist eher ein Despot als ein Demokrat.



Flächenanteil für Windenergie in Ostthüringen soll verfünffacht werden

Schon jetzt verschandeln Windräder große Teile unserer schönen Heimat, aber es soll nach dem Willen der Regierenden noch viel schlimmer werden!

- Ausgangspunkt: Habecks Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aus 2022: Flächenvorgabe für Windenergie für Thüringen bis 2027 nach Bundesvorgaben 1,8 %, bis 2032 2,2 %
- Ostthüringen: 6.632 ha bis 2027 (entspricht ca. 9.500 Fußballfeldern), 8.106 ha bis 2032
- 67 Vorranggebiete „Windenergie“ mit insgesamt 7.430 ha Fläche in Ostthüringen ausgewiesen
- Der Entwurf für Ostthüringens neue Windvorranggebiete enthält keine Vorgaben für Höhenbegrenzungen mehr – er geht von einer Gesamthöhe der Anlagen von 285 m (fast Eiffelturmhöhe) aus.

Aber die CDU wird das doch nicht zulassen?

- Doch!
- Koalitionsvertrag CDU/CSU und SPD: „Wir setzen den Ausbau der Windkraft fort. Die Zwischenziele des Windflächenbedarfsgesetzes für 2027 bleiben unberührt.“
- CDU Thüringen betreibt mit Bundesratsinitiative Augenwischerei.

Was will die AfD?

- Windenergieflächenbedarfsgesetz sowie alle anderen klimaideologischen Gesetzesgrundlagen unverzüglich außer Kraft setzen
- Keine Bevorzugung oder Begünstigung bei Betriebsgenehmigungen
- Einfluss von Lobbyisten auf Klimagesetzgebung stoppen
- Verpflichtende Bürgerbeteiligung bei geplanter Landschaftstransformation
- Windenergieanlagen nur noch an Standorten zulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Mensch, Tier oder das Landschaftsbild zu erwarten sind
- Technologieoffene, zukunftsweisende Energieerzeugung



Wahlkampf in Brandenburg

Einladung zum großen **Wahlkampffinale**



**RENÉ
SPRINGER**
MITGLIED DES BUNDESTAGES

**STEPHAN
BRANDNER**
MITGLIED DES BUNDESTAGES

**MARCO
SCHULZE**
BÜRGERMEISTERKANDIDAT

**ANDREAS
GALAU**
MITGLIED DES LANDTAGES

**Mittwoch, 17.09.
17:00 - 20:00 Uhr**

Marktplatz, 16727 Velten

**Brandner
kommt nach
Velten!**



V.i.S.d.P.: Marco Schulze, c/o AfD-Kreisverband Oberhavel, Am Bahnhof 1, 16775 Löwenberger Land

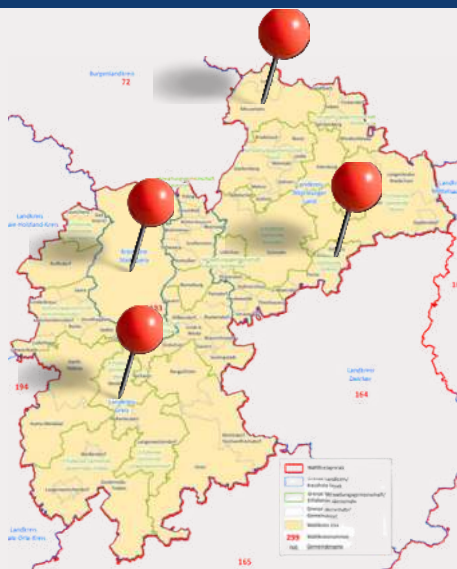


**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-bundestag.de
Neu! 🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

 www.facebook.com/stBrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner
 www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

